

Zum Gründungskonzept
von Erich Peter Neumann

„Begrenztes Maß aller Dinge“

Norbert Grube

Erstaunt registrierte der Journalist Erich Peter Neumann (1912 bis 1973) im August 1946, dass sein ehemaliger Redaktionskollege bei der NS-Wochenzeitung *Das Reich*, Jürgen Schüddekopf, schon wieder als Feuilletonchef der *Welt* wirkte. Er selbst, so Neumann, taue gegenwärtig nicht zum „Gazettenmachen“ und wolle sich politisch weder rechts noch links vereinnahmen lassen. Als Zwanzigjähriger hatte Neumann bis Ende 1932 für kommunistische Zeitungen Willi Münzenbergs und die *Weltbühne* Carl von Ossietzkys geschrieben. Anschließend gelangte er im Nationalsozialismus nach mehrjähriger Korrespondententätigkeit für das *Berliner Tageblatt* (1933 bis 1938) in die Gründungs- und Politikredaktion des *Reiches* (1940/41), bevor er in die Propagandakompanie der Wehrmacht eingezogen wurde. Zehn Jahre später, im Juni 1956, hatte der laut Karl Korn umtriebige, stets hervorragend informierte „Filou“ Neumann zusammen mit Adenauers ehemaligem Staatssekretär Otto Lenz eine neue Zeitschrift nach dem Vorbild des *Monats* gegründet: *Die Politische Meinung*. Sie kann als spezifische Realisierung des Konzeptes der geistigen Aristokratie von Ernst Jünger gelten. In seiner Jünger-Rezeption sah Neumann angesichts der zur Machtkontrolle oder -teilhabe nur bedingt fähigen Massen die Existenz des Staates an die Führungsstärke politischer Entscheidereliten gebunden, die wiederum der geistigen Beratung durch wenige herausgehobene Intellektuelle bedurften. In diesem Sinn ver-

standen Neumann und die Redakteure Karl Willy Beer vom *Berliner Tag* und Anton Böhm vom *Rheinischen Merkur* *Die Politische Meinung* durchaus elitär als Mittler-Organ zwischen Politik, Wissenschaft und Publizistik. Mit ihren umfassenden Analysen und dezidierten politischen Stellungnahmen sollte die Zeitschrift als Kontrast zur massenmedialen Kurzatmigkeit „dem Nerv der Entwicklungen [...] ständig auf der Spur sein“ und „die [politischen] Entscheidungen mit dem Aufrühren und Diskutieren auch der schwierigsten Probleme befördern“, kurz: als politisches Fachforum dazu beitragen, dass die Entscheider die öffentliche Meinung steuern und nicht von ihr getrieben werden.

Demoskopische Befunde

Diese Leitlinien basierten auch auf frühen demoskopischen Erkenntnissen und Prämissen des 1947 von Neumanns Ehefrau Elisabeth Noelle gegründeten Allensbacher Instituts. Nach den Umfrage-Diagnosen sehnte sich das demagogisch leicht verführbare Gros der Bevölkerung nach Kriegsende defätistisch und apathisch nach Ruhe, Sicherheit und Ordnung, ohne sich mit der Bundesrepublik, ihren staatlichen Repräsentanten und ihrer politischen Führung zu identifizieren – nach Neumann ein gefährliches Defizit in der west-östlichen Systemkonkurrenz des Kalten Krieges. Mit diesen Befunden avancierte Neumann im Herbst 1950 zum demoskopischen Politikberater Konrad Adenauers und baute mit Otto Lenz ein

Geflecht von Propagandagesellschaften auf, die für eine Stärkung der staatsbürgerlichen Gesinnung und die Regierungssentials – Wiederaufbau, Wiedervereinigung, Wiederbewaffnung und Soziale Marktwirtschaft – bei der breiten Masse warben.

Eingeschränkte Wirkung

An den kleinen Kreis der politischen Zirkel wandte sich hingegen *Die Politische Meinung*, um gemäß ihrem geistigen Leitungsanspruch zentrale politische Botschaften zur Zeit des Kalten Krieges, etwa zur deutschen Frage oder zur Transformation abendländischer Werte in der atlantischen „Lebensgemeinschaft“, präsent zu halten. Neumanns Vorhaben, mit der *Politischen Meinung* zudem bislang unbeachtete Themen zu besetzen oder gesellschaftspolitische Korrekturen anzustoßen – zum Beispiel schon 1959/60 durch populärwissenschaftliche Artikel zur Umweltverschmutzung oder zur geistigen christlich-solidarischen Erneuerung gegen die sich ausbreitende hedonistische, libertinäre Mentalität im materiellen Wiederaufbau –, fand allerdings gegen die Zeitlosung „Wohlstand für alle“ unter Politikern wenig oder kontroversen Widerhall. In der als CDU-nah geltenden Monatsschrift erregte Neumann auch mit eigenen Beiträgen Widerspruch bei Unionspolitikern, besonders im Herbst 1962 mit seinem unpopulären

Plädoyer für eine Bundespräsidentschaft Adenauers nach dessen Rücktritt als Kanzler.

In dieser Zeit, von 1961 bis 1965, war Neumann für die Union Mitglied im Deutschen Bundestag, vermischte also politische Aktivität und externe Beratung. Bedingt durch die Regierungswechsel 1963 und 1966, schwand seine Bedeutung als thematischer Impulsgeber – mit negativer Rückwirkung auf die bald nur noch vierteljährlich erscheinende, mit ihrer kleinen Auflage von 5000 Exemplaren stets finanziell gefährdete *Politische Meinung*. Subventionen aus dem Bundeshaushalt und Spenden aus der Wirtschaft flossen zunehmend unregelmäßiger. Die Zeitschrift, kaum zur Zahlung der Druckkosten in der Lage, gelangte schließlich unter die Herausgeberschaft der Konrad-Adenauer-Stiftung. Zuvor hatte Erich Peter Neumann *Die Politische Meinung* über zehn Jahre geprägt und ihr nach Einschätzung des Redakteurs Anton Böhm „den richtigen Pfiff“ gegeben. Doch ihre, gemessen an den hohen Ansprüchen, begrenzte Wirkung und das Versanden zahlreicher anderer politisch-publizistischer Initiativen Neumanns „haben dem temperamentvollen Geist [...] das eng begrenzte Maß aller Dinge deutlich gemacht“, heißt es ehrlich im Nachruf der *Politischen Meinung* auf ihren im Juli 1973 bereits mit 61 Jahren verstorbenen Gründungsherausgeber.

Dem Nerv der Zeit auf der Spur

„Die erste Ausgabe einer Zeitschrift ist immer zu klein. Viele Themen sind angeschnitten, aber es sind nicht alle; es sind nicht einmal immer die wichtigsten. ‚Die Politische Meinung‘ hat auch nicht alle Autoren, die etwas zu sagen haben, in diesem ersten Heft vereinigen können. Da ‚Die Politische Meinung‘ alle brennenden Fragen der Zeit anpacken und sie über die Polemik und schnelle Bewertung des Tages hinaus zu grundsätzlicher Analyse und Stellungnahme heben will, wird sie dem Nerv der Entwicklungen, Erscheinungen und Ereignisse ständig auf der Spur sein müssen. Politisch denken heißt Stellung nehmen, heißt einen Standpunkt haben.“

Den Lesern zum Geleit, entnommen der Erstausgabe der *Politischen Meinung*, Juni 1956.